

# Neues Deutschland

13.02.2009 / Inland / Seite 2

## Kampf gegen Kinderarbeit eine Frage des Preises

**Bund lädt Verantwortung im Vergaberecht auf Kommunen ab**

Von Oliver Händler

**Heute soll das »Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts« den Bundesrat passieren. Trotz des Widerstandes der Industrie können dann in Deutschland ökologische und soziale Vorgaben in Ausschreibungen öffentlicher Aufträge aufgenommen werden. Vielen geht das nicht weit genug.**



Kinderarbeit in einem indischen Steinbruch

Foto: Benjamin Pütter/AGEH  
- Misereor

Die Kinder arbeiten mit Hämmern, manchmal größer als sie selbst. Auch mit Brecheisen, Presslufthammer und Spitzhacke wird hier, irgendwo in Indien, der Stein gebrochen. Von Minderjährigen, ohne Handschuhe und barfuß. Sie arbeiten für ein notdürftiges Dach über dem Kopf, für ein wenig Essen und um die Schulden der Eltern abzuführen. 50 Jahre alt werden nur die Wenigsten. Entweder sterben sie bei ungesicherten Sprengungen oder qualvoll an der Quarzstaublunge. Für die Minenbetreiber sind die Kinder und damit auch die gewonnenen Steine billig und aus diesen billigen Steinen werden in Deutschland Fußgängerzonen und Grabsteine.

### Keine Pflicht zu sozialen Standards

Fast 150 Kommunen haben sich mittlerweile selbst verpflichtet, keine Produkte aus Kinderarbeit mehr zuzulassen, doch der Nachweis ist schwierig und mit Zusatzkosten verbunden. So mussten die Gemeinden stets mit Klagen von Bewerbern rechnen, da bislang der Grundsatz galt: Billig bekommt den Zuschlag – ungeachtet der in Deutschland 2002 ratifizierten ILO-Konventionen, die Kinderarbeit verbieten. 2004 reformierte die EU ihr Vergaberecht, wonach in öffentlichen Ausschreibungen auch soziale und ökologische Kriterien gefordert werden dürfen. Fünf Jahre dauerte es, bis der Bund nachzog. Heute soll das »Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts« den Bundesrat passieren.

Eine Pflicht zu sozialen Kriterien wird es aber weiterhin nicht geben. »Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen gestellt werden«, heißt es im Entwurf. Das geht Sozialverbänden nicht weit genug. »Anstatt der Options- hätten wir gern eine Muss-Lösung gehabt«, beklagt Volker Bajus vom Kinderhilfswerk terre des hommes. »Trotzdem freuen wir uns darüber, was wir haben. Noch im Sommer gab es selbst gegen diese Lösung Widerstand im Bundeswirtschaftsministerium.«

Ulla Lötzer von der Bundestagsfraktion der LINKEN wird deutlicher: »Die Bundesregierung hat hier die Chance nicht genutzt, Normen im Markt festzulegen, die soziale Grundrechte höher stellen als die Freiheit von Unternehmen, mit Dumpinglöhnen an Aufträge zu gelangen.« Optionale Lösungen reichten überhaupt nicht aus, so Lötzer. Kritiker warfen ihr vor, dass etwa ein gesetzlicher Mindestlohn oder ökologische Kriterien vergabefremd seien und daher nicht ins Vergaberecht gehören. »Für uns ist das Setzen von Normen Aufgabe der Wirtschaftspolitik«, entgegnet Lötzer.

In der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, der mit Harald Wolf ein Senator der LINKEN vorsteht, begrüßt man die bessere Mittelstandsförderung des Gesetzes, da Großaufträge nun auch in Teilen vergeben werden dürfen. Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus kritisiert aber das Kontrollproblem, das nun auf die Städte und Gemeinden zukommt. »Es ist wichtig, dass die Einhaltung des Gesetzes auch kontrolliert wird, dass zum Beispiel Zertifikate und Siegel bei der fairen Beschaffung auch anerkannt werden«, so Nehring-Venus. Unabhängige Siegel müssen bezahlt werden. Im Bereich der Pflastersteine gibt es ein solches noch gar nicht,

daher stellen sich Lieferunternehmen häufig selbst Zertifikate aus.

Lediglich auf dem Gebiet der Grabsteine hat sich das Label Xertifix etabliert. Jedoch haben die Kommunen das Problem, dass sie hier keine Regelungskompetenz besitzen. Die Städte München und Andernach hatten durchsetzen wollen, dass auf ihren Friedhöfen nur Steine aufgestellt werden, die nicht aus Kinderarbeit stammen. In beiden Fällen klagten Steinmetze mit derselben großen Anwaltskanzlei im Hintergrund erfolgreich gegen diese Regelungen. »Das dürfen leider nur Bund und Länder regeln«, zeigt sich Barbara Voigt von der Stadtverwaltung Andernach enttäuscht. Sie hat sich bereits an den rheinland-pfälzischen Städtetag gewandt, der daraufhin in einem Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) eine entsprechende Initiative für ganz Rheinland-Pfalz forderte. Wenn das nicht gehe, dann für den ganzen Bund.

### **Widerstand aus der Industrie**

Im neuen Vergaberecht ist sie jedenfalls noch nicht enthalten. Dieses könne nicht das ganze Unheil der Welt lösen und würde durch Einzellösungen überfrachtet, sagen Kritiker. Ohnehin hatte es schon im Vorfeld Widerstand u.a. von der Textilindustrie gegeben. In einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Bundestag hatte Christoph Schäfer vom Gesamtverband Textil und Mode die vollständige Kontrolle aller Produktionsschritte als »nicht handhabbar« bezeichnet. Er schlug höchstens die Kontrolle des letzten Schrittes vor, in seinem Bereich also des Nähens. Der Rest sei nicht zertifizierbar. Außerdem setzte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) durch, dass Kommunen ihre Arbeiten nicht gemeinsam erledigen können (siehe Interview rechts).

Aufträge im Wert von 360 Milliarden Euro werden jährlich von etwa 30 000 Vergabestellen bundesweit ausgeschrieben. Nun liegt es an den Kommunen zu entscheiden, wie viel Kontrolle sie wollen und wie viel Geld sie dafür ausgeben möchten.

---

*URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/143831.kampf-gegen-kinderarbeit-eine-frage-des-preises.html>*